

INHALT

LPT	2
MVZ Schmalkalden	3
Trassenwahnsinn	5
LAG Umwelt	6
30 Jahre Landesverband	7
Grundeinkommen	8
Bürgersprechstunden	9
aktuelle Stunde im Landtag	10
Tarifverhandlungen	11
Termine / Nachruf	12

## 2. Tagung des 7. Landesparteitages in Sömmerda



Delegierte aus ganz Thüringen trafen sich am 19.9.2020 in Sömmerda zur 2. Tagung des 7. Landesparteitages.



### DiskutierBAR ist mit Sicherheitsabstand zurück!

Warum Thüringen das demokratischste Bundesland ist, war gestern das Thema einer abendlichen Diskussionsrunde mit der Landtagsabgeordneten Anja Müller. Kompetent und in ihrer gewohnt freundlichen Art, stellte uns Anja die Möglichkeiten der Mitbestimmung der Bürger in Städten und Gemeinden vor. An vielen praktischen Beispielen erläutert, wurde das Thema lebendig und nachvollziehbar. In der sich anschließenden Diskussionsrunde erfolgte ein reger Austausch darüber, welche Mittel der demokratischen Mitbestimmung schon gut genutzt werden und wo noch nachgebessert werden kann.



## 2. Tagung des 7. Landesparteitages



Am Samstag war es wieder soweit. Delegierte aus ganz Thüringen trafen sich am 19.09.2020 in Sömmerda zur 2. Tagung des 7. Landesparteitages.

Es war der erste Parteitag zu Coronazeiten und es fühlte sich schon etwas anders an als sonst. Schon am Einlass wurden natürlich die Hygieneregeln durchgesetzt. Mund- Nasen- Abdeckung war verpflichtend, die Tische waren Einzeltische und so manche Begrüßung war keine herzliche Umarmung mehr, sondern ein freundschaftlicher Ellenbogenstups. Dennoch hielten sich alle vorbildlich an die Regeln, denn jeder wußte, wie wichtig es ist, mit gutem Beispiel voran zu gehen.

Eröffnet wurde der Parteitag durch den LINKEN Bürgermeister der Stadt Sömmerda, Ralf Hauboldt, und den stellvertretenden Landesvorsitzenden Steffen Dittes (MdL).

Gleich danach begann das geschlossene Frauenplenum, ein Novum im Rahmen eines Parteitages. Das Ganze natürlich ohne Männer und ohne Kameras.

Susanne Hennig-Wellsow brachte in ihrer darauf folgenden Rede den Leitantrag des Landesvorstandes mit der Überschrift "Es ist nicht egal, wer regiert" ein. Sie informierte die Delegierten auch über ihr Vorhaben, zum nächsten Bundesparteitag, zusammen mit Janine Wissler, für den Bundesvorsitz der LINKEN zu kandidieren.

Janine Wissler, die Landesvorsitzende der LINKEN Hessen, begeisterte die Anwesenden Delegierten

danach mit einer kraftvollen Rede, die bei mir keinen Zweifel ließ, dass diese zwei Powerfrauen an der Spitze der LINKEN viel erreichen können für die Partei.

Auch Katja Kipping war zu Gast und zog eine kurze Bilanz zur Stellung der Thüringer LINKEN in ganz Deutschland. Sie betonte mehrfach die Bedeutung der Thüringer LINKEN für die Bundespolitik der Partei. Der Begriff "Thüringer Weg" wurde zum Schlagwort und das im durchaus positiven Zusammenhang.

Unser Ministerpräsident Bodo Ramelow zog uns bei seiner Rede, wie gewohnt, in den Bann. Unkompliziert und emotional sprach er über die letzte Landtagswahl, die politischen Herausforderungen während der Coronakrise und natürlich vergaß er auch nicht, die katastrophalen Lebensbedingungen der Flüchtlinge in Moria und anderen Lagern dieser Welt anzuprangern.

Im reinen Arbeitsteil des Parteitages wurden der Leitantrag, viele Abänderungsanträge und weitere Anträge diskutiert und zur Abstimmung gebracht. Bis auf zwei Anträge, die dem Landesvorstand zur Überarbeitung übergeben wurden, wurden alle Anträge mit großer Mehrheit bestätigt.

Aus meiner Sicht war es ein junger, dynamischer Parteitag, der Lust macht, dieses Land weiter mit zu gestalten.

Beatrice Désor  
Vorsitzende der BO Meiningen



# Engagierter Kreistagsabgeordneter im MVZ Schmalkalden



Patrick Beier (MdL)

Die Fraktion der Linken im Kreisrat setzt sich für mehr Gerechtigkeit in den Kreiswerken ein. Aus diesem Grund hat der Betriebsrat der MVZ Schmalkalden einen Vertreter des Kreistages aus der Fraktion der Linken zu einer Betriebsversammlung eingeladen. Kreistags- und Landtagsmitglied Patrick Beier hatte seine Teilnahme an der Betriebsversammlung der MVZ Schmalkalden GmbH zugesagt.

Und weil nichts so läuft, wie es geplant ist, hatte der Teufel in Form der AfD seine Hände im Spiel und Patrick Beier musste zu einem Sonderplenum, welches die AfD angefordert hatte, nach Erfurt ins Parlament. So stellten die Mitarbeiter des MVZ schriftliche Fragen und der Abgeordnete beantwortete diese schriftlich und auf der Betriebsversammlung wurden diese verlesen.

Natürlich war eines der Themen die Ungerechtigkeit in der Entlohnung im Klinikverband. Die Mitarbeiter wollten wissen:

**„Weiß der Kreistag um die differenzierte Bezahlung zwischen Tochtergesellschaft MVZ und Elisabeth Klinikum Schmalkalden? Ist es gewollt, dass das Klinikum Betriebsteile outsourcen und damit Tarifflicht begehen kann?“**

**Patrick Beier:** „Ich gehe fest davon aus, dass den Mitgliedern des Kreistags die Situation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bewusst ist.“

Als LINKE-Fraktion haben wir mehrfach den Beitritt der Kreiswerke GmbH in die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber (VKA) gefordert. Dies würde

auch die Übernahme des Tarifvertrags bedeuten. Wir forderten und werden weiterhin fordern, dass die einzelnen Betriebsteile auch langfristig in kommunaler Hand bleiben. Dazu bedarf es jedoch guter Arbeitsbedingungen und, wie zuletzt von uns gefordert, massiver Investitionen.

Gegenwärtig werden unsere Vorschläge zur Verbesserung der Pflege in kommunaler Hand jedoch nicht berücksichtigt. Gemeinsam werden wir aber darüber reden müssen, wie wir den gesamten Themenkomplex zukünftig angehen wollen.

Es ist fraglich, ob die Kreiswerke GmbH und ihre einzelnen Betriebsteile zukunftsfest aufgestellt sind und mit ihrer jetzigen Struktur in der Lage sind, die vorhandenen Probleme lösen zu können.“

Immer wieder sind einzelne Mitarbeiter beunruhigt über die Struktur und Zukunft der kommunalen Krankenhäuser gerade angesichts der Unsicherheit, die durch den Krankenhausbedarfsplan entsteht. Deshalb die Frage aus der Belegschaft:

**„Sind wir noch lange ein kommunales Haus? Gibt es Pläne das Haus zu verkaufen?“**

**Patrick Beier:** „Es gibt keine Pläne, Bestandteile der kommunalen Eigenbetriebe zu privatisieren. Als LINKE-Fraktion im Kreistag haben wir in diesem Jahr gefordert, zusätzlich durch das Land zur Verfügung gestellte Mittel als Investition in die Kreisbetriebe zu befördern.“

Damit wollen wir auch ein Signal setzen, dass unsere kommunalen Betriebe lange in demokratisch kontrollierter Hand bleiben sollen. Leider finden solche Anträge und Initiativen unserer Fraktion nur selten den Weg in die Medien. Gerne würden wir dazu eine öffentliche Debatte führen.“

Und wieder ist es die finanzielle Not der Angestellten, die zur nächsten Frage führte:

**„Was können wir Angestellten für mehr Gehalts-gerechtigkeit tun?“**

**Patrick Beier:** „Die Antwort ist eigentlich ganz simpel. Organisieren Sie sich in Gewerkschaften. Die vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di ist für Ihren Bereich verantwortlich. Mit Hilfe der Gewerkschaften ist es dann möglich, ein größeres Druckmittel im Arbeitskampf aufzubauen, um dann eine bessere Gehaltsstruktur zu erreichen.“

Dass sich die Mitarbeiter der MVZ GmbH mit dem Besuch des Abgeordneten im Vorfeld auseinandergesetzt haben, zeigte die nächste Frage:

Fortsetzung S.4

Fortsetzung von S.3

### „Was ist der „Rechnungsprüfungsausschuss“?

**Patrick Beier:** „Der Rechnungsprüfungsausschuss überwacht die Einhaltung des Haushaltes der Kommune. Dies betrifft die Vergaben, die Einnahmen und die Ausgaben, die getätigt werden.“

Auch ganz praktische Angelegenheiten wurden gefragt z. B. wie: **„Warum ist das MVZ nicht unter Gesundheit und Soziales im Landkreis zu finden?“**

**Patrick Beier dazu:** „Auf der Homepage des Landkreises ([www.lra-sm.de](http://www.lra-sm.de)) werden nur Hilfen und Kontaktmöglichkeiten im Hause des Landratsamtes angeboten. So zum Beispiel der Sozialpsychiatrische Dienst oder zu der Sachbearbeiterin des Pflegestützpunktes im LRA. Das MVZ findet man auf der Homepage der Kreiswerke GmbH, da das Landratsamt nur hauseigene Einrichtungen auf seiner Homepage abbilden darf.“

Eine Kollegin wollte wissen: **„Was macht der Ausschuss Wirtschaft/Arbeit/Soziales?“**

**Patrick Beier:** „Der Ausschuss für Kreisentwicklung, Wirtschaft, Arbeit und Soziales ist, wie der Name schon sagt, für die Planungen im Bereich der Kreisentwicklung zuständig. Welche Vorhaben können im Kreis getätigt werden, um ihn auf eine stabile Basis zu stellen. Dabei geht es um mögliche Bauvorhaben, die dann auch weiter im Bauausschuss beraten werden, aber auch um die Infrastruktur. Hier beispielsweise die Infrastruktur der medizinischen Versorgung im Landkreis oder öffentlicher Personennahverkehr.“

Sogar über den eigenen Tellerrand wurde hinausgeschaut und es kam die Frage **„Was ist der Stiftungsrat Meininger Kliniken?“**

**Patrick Beier:** „Zweck der Stiftung „Meininger Kliniken“ ist die Förderung der Bildung und Erziehung, der Jugendhilfe, des Gesundheits- und Wohlfahrtswesens, der Kultur und des Sports im Landkreis Schmalkalden-Meiningen. Gefördert werden übergemeindliche Aufgaben und Projekte, deren Bedeutung über das Kreisgebiet nicht hinausgeht.“

Der Stiftungsrat ist dafür zuständig, den Prozess der Förderung zu überwachen und darüber zu beraten.„

Pfiffig, wie so manche praktisch veranlagte Menschen nun mal sind, kam es zu folgender Frage:

**„Was hat die Sparkasse mit dem Landkreis zu tun und damit mit dem MVZ zu tun? Gibt es für Mitarbeiter des Landkreises kostenlose Kontoführung bei der Sparkasse?“**

**Patrick Beier:** „Sparkassen sind gemeinnützige Kreditinstitute, deren Eigentümer öffentlich-rechtliche Träger sind. Sparkassen haben einen öffent-

lichen Auftrag: Sie sollen den Sparsinn und die Vermögensbildung der Bevölkerung fördern und dienen der Kreditversorgung der Bevölkerung des Geschäftsgebiets (Regionalprinzip).“ (Quelle: Wirtschaftslexikon24.com)

Schwerpunkt der Sparkassen liegt auf der Sammlung von Spargeldern der Bevölkerung, was es ermöglicht, langfristige Investitionen der Kommune, in der sie tätig sind, zu tätigen. In jedem Landkreis kann jeweils nur eine Sparkasse aktiv sein. Die Rechtsgrundlage für die Sparkassen bilden die jeweiligen Sparkassengesetze der Bundesländer.

Hier heißt es im Thüringer Sparkassengesetz (ThürSpKG) §1(1): „Die Sparkassen sind als Einrichtungen der Landkreise oder der kreisfreien Städte, als gemeinschaftliche Einrichtungen von Landkreisen und kreisfreien Städten (Gemeinschaftssparkassen) oder als Einrichtungen von ihnen gebildeter kommunaler Zweckverbände (Zweckverbandssparkassen) rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts.“

Nach unserem Kenntnisstand ist es jedoch nicht möglich, für Mitarbeiter des Landkreises Sonderrechte wie kostenlose Kontoführung einzuräumen. Mit dem MVZ hat die Sparkasse also keine Verbindung. Lediglich wenn es um Investitionen der Kommune und Finanzierung durch die Sparkasse kommt, kommen MVZ und Sparkasse indirekt in Berührung.“

Die letzte Frage an das Kreistagsmitglied lautete: **„Kann der öffentliche Nahverkehr ausgebaut werden auch zu Zeiten für Arbeitnehmer des MVZ?“**

**Patrick Beier:** „Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) wird im Landkreis durch die Meininger Busbetriebs GmbH (MBB GmbH) gewährleistet. In Zella-Mehlis geschieht dies durch eine Kooperation mit der Städtischen Nahverkehrsgesellschaft Suhl / Zella-Mehlis (SN GmbH). Ein guter funktionierender und zugleich günstiger ÖPNV ist für uns als LINKE wichtig. Im Zusammenhang mit der Klimadebatte ist der Ausbau des ÖPNV ein wichtiges Thema. An vielen Stellen funktioniert die Taktung des ÖPNV mit den Schichtanfängen der ansässigen Firmen bereits. So zum Beispiel in Meiningen – Dreißigacker. Ein Ausbau während der Arbeitszeiten bedeutet ebenfalls, dass es ein Ausbau für die ältere Bevölkerungsteile ist, die ohne Auto beim Einkaufen auf den Bus angewiesen sind. Grundsätzlich muss gerade in den Zeiten, in denen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den Bus nutzen könnten, verstärkt Angebote gemacht werden.“

Fortsetzung S.5



Fortsetzung von S.4

Dafür streiten wir vor allem im zuständigen Ausschuss für Kreisentwicklung. Einsparungen beim Nahverkehr wie sie oftmals Teil der Haushaltsdebatte sind, sind für uns als LINKE kein Thema. Grundsätzlich wird unser Nahverkehr sich auch neu strukturieren müssen. Eine Zusammenarbeit mit den anderen Nahverkehrsgesellschaften in Südthüringen – oder mit dem Verkehrsverbund Mittelthüringen (VMT) ist für uns essenziell. Ich persönlich wünsche mir für Thüringen einen einheitlichen Nahverkehr. Gleiche

Ticketpreise, angemessene Bezahlung für Beschäftigte und die Möglichkeit für Fahrgäste mit einem Ticket in einer guten Taktung durch ganz Thüringen zu kommen.“

Auch wenn es nicht gerne gesehen wird, dass Politiker in die Betriebe zu den Beschäftigten gehen, hat es doch Interesse bei den Beschäftigten an Vorgängen an politischen Geschehen im Kreis geweckt. Eine Betriebsversammlung ist letztlich eine basisdemokratische Veranstaltung.

Dagmar Hellfritsch-Schröder

## Trassenwahnsinn und was dagegen tun

Der Verein „Thüringer gegen den Südlink“ trifft in der Staatskanzlei den Ministerpräsidenten des Freistaats Thüringen, den Genossen Bodo Ramelow



Der Verein „Thüringer gegen den Südlink“ (nachfolgend Verein genannt) ist eine Bürgerinitiative und wendet sich in Zusammenarbeit mit anderen Bürgerinitiativen gegen den Trassenbau Südlink, einer Stromtrasse von der Nordsee bis nach Bayern und Baden-Württemberg.

Die Bundesnetzagentur, die für die Planung und Genehmigung zuständige Bundesbehörde, hat zwar noch nicht über den endgültigen Trassenverlauf entschieden, jedoch scheint sicher, dass die Trasse auch durch Thüringen führen wird.

Betroffen ist neben den Landkreisen Werra-Meißner, Unstrut-Hainich, Wartburgkreis auch der Landkreis Schmalkalden-Meiningen.

Der Trassenbau verbraucht bei der Herstellung ca. 1000 Meter Breite, damit ein überdimensioniertes Stromkabel verlegt werden kann. Ist das Kabel erst mal verlegt, kann auch auf dieser Fläche nichts mehr wachsen, für die Landwirtschaft „verlorenes“ Gelände zum Anbau.

Es wird also Natur sinnlos zerstört.

Ganz wichtig: Die Kosten des Netzausbaus trägt mit seiner Stromrechnung jeder Bürger, obwohl niemand von der Stromtrasse etwas hat, sie dient nur dem europäischen Stromhandel.

Die exorbitanten Gewinne machen allein die großen Stromkonzerne. Und die Netzausbauer (garantierter Profit 7% der entstehenden Kosten).

Der Verein hat sich 2017 gegründet und gegen den Trassenbau schon verschiedene Aktionen gestartet, ich habe schon davon berichtet. Der Verein wird weiter mit Aktionen gegen den Trassenwahnsinn protestieren.

Von unserem Verein wurde eine Studie gegen den Trassenbau erstellt: „Studie 2030 - Mythen der Netzausbauplanung.“

Prof. Dr. Lorenz J. Jarass hat das Gutachten erarbeitet. Er ist ein fundierter Gegner des Trassenausbaus, insbesondere weil in der Gesamtbetrachtung die Kosten für den Netzausbau in den Gesamtkosten nicht berücksichtigt worden sind.



Fortsetzung S.6

„Ein Kind sollte keine Beleidigungen hören. Nur so erwirbt es, heranwachsend, Selbstachtung.“

Friedrich Engels

Fortsetzung von S.5

D.h., es wird noch teurer als offiziell angegeben. Darüber hinaus hat die Bundesnetzagentur andere Stromerzeugungsmöglichkeiten wie z. B. „Power to Gas“ oder das „Aufladen“ vorhandener Leitungen nicht betrachtet. Zudem ist er ein Verfechter der dezentralen Stromerzeugung, Strom dort herstellen, wo er gebraucht wird.



Wer Interesse an der Studie hat: [www.kein-suedlink.info](http://www.kein-suedlink.info)

Da unser Ministerpräsident, Gen. Bodo Ramelow,

ebenfalls ein Gegner des Trassenausbau ist, konnten wir durch Vermittlung unseres Gen. Patrick Beier (MdL) einen Termin zu einem Gespräch mit Bodo Ramelow in der Staatskanzlei zusammen treffen, wir, das waren der Vorstand des Vereins, Heiko Ißleib, 1. Vorsitzender, Jürgen Herrmann, 2. Vorsitzender, Steffen Chmil, Schatzmeister und Jürgen Schröder, Schriftführer.

Nachdem wir unseren Verein und dessen Anliegen vorgestellt hatten, übergaben wir das Gutachten von Prof. Jarras Gen. Bodo Ramelow.

Er bedankte sich sehr herzlich und machte seinerseits sehr interessante und fundierte Ausführungen über seine Ansichten zum Stromausbau. Er ist ein entschiedener Gegner des Trassenausbau und setzt u. a. auch auf die Wasserstofftechnik.

Er bat darum, dass wir ihm weitere Ausgaben des Gutachtens zur Verfügung stellen, damit er diese mit eigenen Anmerkungen an seine Ministerpräsidentenkollegen und die Bundesnetzagentur weiterreichen kann, was wir nunmehr erledigt haben.

Wir haben in Gen. Bodo Ramelow einen guten Unterstützer für die Ziele unseres Vereins gefunden.

Jürgen Schröder

## Landesarbeitsgruppe Umwelt gegründet

**Im August und September dieses Jahres wurde unter Führung von Katja Maurer (MdL/DIE LINKE) die Gründung einer Landesarbeitsgruppe Umwelt vorbereitet. Aus vielen Thüringer Organisationen trafen sich Genossen in Erfurt. Ein Leitantrag wurde vorbereitet und am Landesparteitag eingebracht. So gibt es die Arbeitsgruppe seit dem 13.09.2020.**

Erste Aktion, um die Arbeitsgruppe bekannt zu machen, war ein Geschenk an die Partei. In Arbeitsgruppen wurde ein Apfelbaum namens „Korbiniansapfel“ ausgewählt. Während des Landesparteitages sollte er überreicht werden. Das Bäumchen wird in den kommenden Tagen am Hotel der Linken in Elgersburg eingepflanzt.

Das Besondere an diesem Baum ist die Geschichte. Eigentlich hieß der Apfel einmal KZ -3. Der Korbiniansapfel ist ein Apfel mit einer besonderen Geschichte: Der katholische Pfarrer und Schullehrer Korbinian Aigner wurde 1885 als Bauersohn und ältester von 11 Kindern in

Hohenpolding geboren. Aigner hatte nicht nur großes Interesse am Obstbau, sondern war auch ein begnadeter Naturmaler mit handwerklicher Perfektion. In den 1920er Jahren wand er sich der Politik zu und wurde Mitglied der bayrischen Volkspartei.

Interessehalber besuchte er 1923 eine Veranstaltung der NSDAP und hörte dort eine Rede von Adolf Hitler. Seit dieser Zeit kämpfte er gegen den Nationalsozialismus. Nach dem missglückten Bombenattentat auf Hitler im Münchener Bürgerbräukeller 1939 dachte er im Religionsunterricht laut darüber nach, ob durch einen erfolgreichen Anschlag vielleicht eine Million Menschen gerettet worden wäre.

Daraufhin wurde er denunziert. Er wurde zu einer Haftstrafe verurteilt. Im Gefängnis München Stadelheim verbüßte seine Strafe. Danach inhaftierte man ihn im Konzentrationslager Sachsenhausen. Ab dem 03.10.1941 verlegte man ihn als Häftling Nr. 27.788 in den sogenannten „Priesterblock“ im KZ Dachau.

Fortsetzung S.7

„Die ökonomischen Verhältnisse einer gegebenen Gesellschaft stellen sich zunächst dar als Interessen.“

Friedrich Engels



Fortsetzung von S.6



Korbinian Aigner

Er arbeitete dort im "Kräutergarten", der über einen eigenen Laden verfügte, die „Tür der Priester zur Außenwelt“. Unter dem Vorwand der Sortenbestimmung brachten ihm Gemeindemitglieder Äpfel und es gelang ihm, zwischen zwei Barragen heimlich 130 Apfelkerne in den Boden zu setzen. Er dachte nicht daran eine Zucht anzulegen. Es war

für ihn vielmehr ein letzter existenzieller Halt, ein Rest von Normalität. Vier der Kerne gingen auf. Er nannte die Sämlinge KZ -1 – 4.

In der Nacht vom 26. zum 27. April 1945 schickte die SS die KZ-Insassen auf einen Todesmarsch nach Südtirol. Am 28.4. gelang ihm die Flucht.

Nach Kriegsende trat er seine alte Pfarrstelle in Hohenbercha wieder an, als wäre nie etwas gewesen. Die vier Apfelsämlinge pflanzte er nach seiner Rückkehr wieder ein. Auch wenn er nie öffentlich von der Zeit im KZ sprach, vergaß er sie nie. Den Mantel seiner Häftlingskleidung mit dem

roten Winkel für die politischen Gefangenen trug er noch Jahre. Als er am 5. Oktober 1966 starb, wurde er darin beerdigt.

Aus seiner Züchtung KZ-3 entstand tatsächlich eine Apfelsorte, die bis heute erhalten blieb. Sie trägt seit 1985 anlässlich seines 100. Geburtstages den Namen „Korbiniansapfel“. Die Geschichte seines Züchters macht den Korbiniansapfel zum Symbol für Zivilcourage, Menschlichkeit und Toleranz.

Alles Eigenschaften, welche die Genossen der Arbeitsgruppe Umwelt jetzt und vor allem in der Zukunft brauchen.

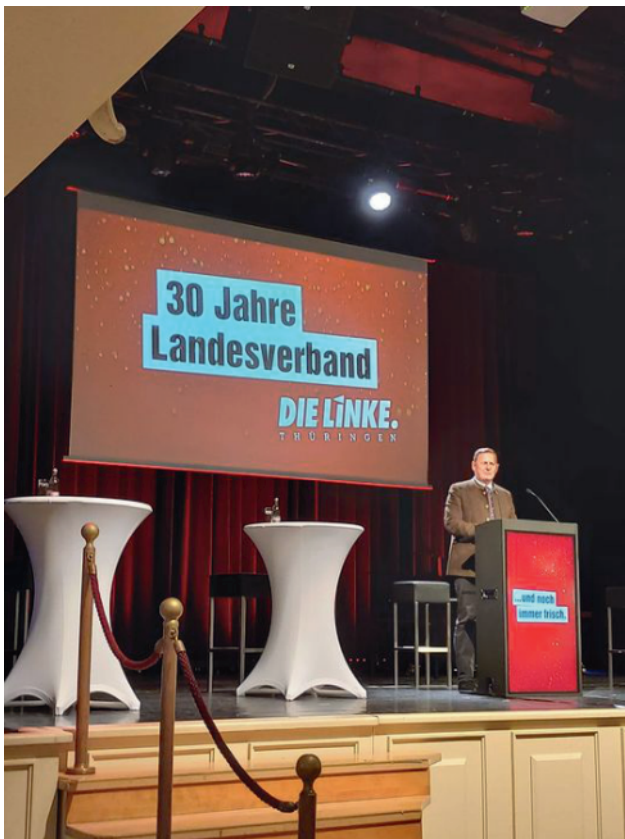
Quelle Wikipedia

Das Logo der Arbeitsgruppe Umwelt ist ein Apfelsymbol. Sicherlich ist die Baumaktion nur ein erster Schritt. Viele kleine Schritte für Umwelt- und Klimaschutz werden auf allen Ebenen der politischen Arbeit getan. Jeder ist aufgerufen, gerade im politischen Alltag bewusst Umwelt und Klima zu schützen.

Große und wichtige Themen der Arbeitsgruppe sind der Waldantrag und erneuerbare Energien. Daneben sind viele kleine Aktionen notwendig wie z. B. Nachhaltigkeit und Schonung der Ressourcen im Wahlkampf, Verbesserung des ÖPNV, Ausbau von Radwegen und vieles mehr.

Dagmar Hellfritsch-Schröder

## 30 Jahre Landesverband



30 Jahre. Unvorstellbar eigentlich. Vor 30 Jahren begannen wir mit 9,7 %, heute hält der eigene MP die Festrede zum Jubiläum der Thüringer LINKEN. Ich bin allen dankbar, die auf diesem langen Weg widerständig, kümmernd und erneuernd waren. Ohne sie wären wir nicht so weit gekommen.



Bisherige Landesvorsitzende: v. l. Dieter Hausold; Susanne Hennig-Wellsow; Gabi Zimmer; Knut Korschewsky



Ronald Hande ist 43 Jahre alt, verheiratet und hat vier Kinder. Seit 2019 ist er Haushalts- und finanzpolitischer Sprecher und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Landtag. Neben Beruf, Familie, Gartenarbeit und Sport bleibt für die selbst ernannte „Leseratte“ immer noch Zeit für ein gutes Buch.

**E**s ist ein sonniger Dienstagmorgen im sommerlichen Erfurt. Eigentlich befinden wir uns gerade mitten in einer Wahlkreiswoche, in der die Abgeordneten aufgrund facettenreicher Termine im Thüringer Umland das Hohe Haus der Hauptstadt eher selten zu Gesicht bekommen. Doch für unsere neue Video-Interview-Reihe „Dialog mit Sinn“ hat sich Ronald Hande bereitwillig zu uns in den Landtag begeben.

Gerade noch saß er in seinem Bürgerbüro in Schmalkalden, einer Kleinstadt mit rund 20.000 Bewohner\*innen südwestlich des Thüringer Waldes. Sein Büro wird von Bürger\*innen mit verschiedensten Problemen aufgesucht, seien es Themen wie Straßenausbaubeiträge, Fragen des Sozialrechts oder Komplikationen mit dem Arbeitgeber. Hande hilft dort, wo er kann: „Wir versuchen erst einmal gemeinsam, die Sachlage zu sortieren und Optionen aufzuzeigen. Als Abgeordneter hat man manchmal Möglichkeiten, die andere Leute vielleicht nicht haben, denn man kennt viele kommunale Akteure\*innen persönlich und kann dadurch einiges einfach durch ein Telefonat oder ein persönliches Gespräch im Sinne der Menschen klären.“

Auch bei Fragen zu Petitionen vermittelt Hande allzeit hilfsbereit. Schließlich kann er aufgrund seiner mehrjährigen Mitgliedschaft im Petitionsausschuss in der vergangenen Legislaturperiode einiges an Erfahrung vorweisen. Für den heutigen Haushalts- und Finanzpolitiker sei diese Zeit besonders lehrreich gewesen: „Petitionen sind das Fieberthermometer der Gesellschaft“, sagt er. „Gerade als Neuling im Parlamentsgeschehen erhält man dort einen weiten Einblick in die gesamte Landespolitik, denn der Bereich Petitionen ist komplett ressortübergreifend. Ob Kindergarten, Umwelt oder Sozialgesetze. Besonders interessant sind die vermeintlich kleinen Themen, die aber für die Leute vor Ort sehr groß und bedeutsam sind. Wenn jemand zu mir kommt, möchte ich helfen und am Ende auch ein möglichst positives Ergebnis haben.“

Hande spricht besonnen und abgeklärt, wirkt mit seinen 43 Jahren schon wie ein alter Hase im Politikbetrieb. Doch sein Werdegang sei lange Zeit gar nicht vorhersehbar gewesen. „In meiner Jugend habe ich mit Politik nicht viel am Hut gehabt. Dann kam meine Wehrdienstzeit bei der Bundeswehr. Was ich dort gesehen und gefühlt habe, hat in mir Widersprüche hervorgerufen.“ Irgendwann konnte er das Erlebte



Foto: Lukas Krause

## „Ein logischer Schritt“

Bundeswehr und Grundeinkommen – Ronald Hande im Gespräch

und seine Zweifel bei der Frage nach der Sinnhaftigkeit des Soldatentums nicht mehr mit seinen Überzeugungen vereinbaren und beschloss, politisch aktiv zu werden. „Ich habe geschaut, welche Partei für Frieden und gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr steht. Da kam für mich nur eine in Frage: Die LINKE. Als ich 2007 in die Partei eintrat, wurde ich direkt mit offenen Armen empfangen.“ Und von da an ging es über Orts- und Kreisverbände bis in den Thüringer Landtag, in den er im April 2015 für Birgit Klaubert, zu jener Zeit Ministerin für Bildung, Jugend und Sport, nachrückte.

„Der Schwerpunkt linker Politik muss immer auf dem Menschen liegen, also dem Menschen als Individuum und nicht als Teil einer Wirtschaftsstruktur.“ Doch natürlich könne man selbst linke Politik auch in Zahlen gießen, was sich besonders bei der Haushaltspolitik widerspiegeln würde. Handes Aufgabe beinhaltet, durch bedachten und verantwortungsvollen Umgang mit den zur Verfügung stehenden Steuermitteln den finanziellen Nährboden zu bereiten, um die Projekte der Fachpolitiker\*innen zu ermöglichen. „Wir Haushaltspolitiker\*innen bilden sozusagen das Back-Office und steuern von dort aus die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Politik.“

Ein weiterer großer Themenkomplex der letzten Monate sei zweifelsohne die Ausgestaltung des Corona-Hilfspakets gewesen. Mit Mantelgesetz und Sondervermögen seien wichtige Maßnahmen unternommen worden, um regional ansässigen Firmen und Solo-Selbstständigen eine finanzielle Überbrückung zu ermöglichen. Hande gibt zu, „dass wir in der Kürze der Zeit und in diesem ersten Schritt manche Bereiche nicht vollständig abdecken konnten, auch wenn wir versucht haben, an alle zu denken und alle zu begünstigen. Dafür gibt es aber Möglichkeiten, um noch einmal nachzusteuern. Wenn sich zeigt, dass es an der einen oder anderen Stelle nicht richtig greift, werden wir Nachbesserungen am Sondervermögen vornehmen.“

Um wirtschaftliche Krisen in Zukunft sicherer und verlustärmer zu meistern, seien auch neue Wege in der Finanz- und Gesellschaftspolitik denkbar. Ronald Hande ist großer Anhänger der Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens, denn „es hätte uns als Gesellschaft viele Sorgen und viel Ärger ersparen können. Wir als LINKE planen ein Pilotprojekt, durch das ein bedingungsloses Grundeinkommen getestet und wissenschaftlich begleitet werden soll. Auch wenn es ein langer Weg ist, halte ich ihn für einen logischen und zukünftig notwendigen

Schritt.“ Im Gegensatz zu beitragsfinanzierten Leistungen wie ALG II, welches oft nicht ausreicht, um überhaupt die elementaren Lebenshaltungskosten abzudecken, sichere das BGE darüber hinausgehend auch eine kulturelle und soziale, gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen, egal ob Kind, Arbeitnehmer\*in oder Rentner\*in.

Nicht nur in möglichen Krisenzeiten kann das Grundeinkommen Antworten auf soziale Ungerechtigkeiten liefern, sondern auch auf den zunehmenden Verlust von Arbeitsplätzen durch die kaum aufzuhaltende Robotisierung und Rationalisierung in vielen Unternehmen und die immer schneller voranschreitende Transformation der Industrie. Gleichzeitig steigt die Zahl der Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, schon seit Jahren stetig. Freiwillige, unentgeltliche Arbeit als wichtiger Stützpfeiler der Gesellschaft kann aber nur dann funktionieren, wenn diejenigen, die sie ausführen, keine eigenen Existenzängste fürchten müssen. Gute Gründe gäbe es jedenfalls genug, das bedingungslose Grundeinkommen zu testen und weiter zu erforschen. Die LINKE steht dafür bereit. *Lukas Krause*

Dialog mit Sinn: Das komplette Video-Interview zu diesem Artikel finden Sie auf [linke-thl.de/pr](http://linke-thl.de/pr)



# Zukünftig monatliche Bürgersprechstunden der LINKEN Schmalkalden und Umgebung

Einmal im Monat nehmen sich Vorstandsmitglieder der LINKEN Schmalkalden und Umgebung Zeit, die Anliegen der Schmalkalder Bürgerinnen und Bürger sowie aus den Ortsteilen persönlich anzuhören. Diese Gespräche sind wichtig für die politische Arbeit der LINKEN in Schmalkalden. Die Bürgersprechstunde findet zukünftig monatlich im Bürgerbüro des Abgeordneten Ronald Hande (MdL) in Schmalkalden in der Hoffnung 11 statt. Ohne vorherige Anmeldung nehmen Dagmar-Hellfrisch Schröder und Ilona Schaft Fragen, Anregungen oder Kritik entgegen, stehen Rede und Antwort oder beauftragen Abgeordnete und Stadträte der LINKEN, sich einzeln vorgetragenere Punkte

anzunehmen.

Die 1. Bürgersprechstunde war ein Erfolg. Einige Bürger aus Schmalkalden fanden den Weg ins Bürgerbüro und hatten Fragen zu Wohnungsangelegenheiten, Rente und ALG II-Berechnungen mitgebracht, die nun im Vorstand geprüft werden und dann vom zuständigen Gremium beantwortet werden.

Der nächste Termin findet voraussichtlich Ende Oktober statt. Genaue Informationen werden in der Tagespresse veröffentlicht.

Ilona Schaft

## CDU blamiert sich: Rot-Rot-Grün sichert Familienförderung

Zu Vorwürfen aus der Thüringer CDU, die rot-rot-grüne Landesregierung würde im Haushaltsentwurf für das kommende Jahr weniger Geld für Familienprojekte planen, erklärt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und haushaltspolitische Sprecher der Fraktion der LINKEN im Landtag, Ronald Hande:

»Selbstverständlich wird in der Familien- und Seniorenförderung nicht gekürzt. Rot-Rot-Grün setzt den Weg der Verbesserung für die Thüringer\*innen fort.

Das wird durch eine sichere Finanzierung unteretzt.« Tatsächlich zeige der Entwurf des Landeshaushaltsplanes, dass der Etat für die Hauptgruppe 6 (Familie, Frauen und Senioren) sogar um 5 Mio. Euro erhöht wurde, auf jetzt 92,3 Mio. Euro für das Jahr 2021.

Der Posten für die »Förderung von Einrichtungen, Projekten und Maßnahmen der überörtlichen Familien- und Seniorenförderung« ist weiterhin mit 1,7 Millionen Euro ausgewiesen. Die Zuschüsse für die Stiftung »HandinHand« in Höhe von 700.000 Euro sind im Entwurf eine Zeile weiter unten getrennt aufgelistet. Falsch sei auch die Behauptung, die Mittel für die Telefonseelsorge würden gestrichen. Richtig ist vielmehr, dass die bisher im Haushaltstitel 68409 eingestellten Mittel im Entwurf für 2021 im Titel 68478 erfasst wurden.

»Die CDU blamiert sich an dieser Stelle«, erklärte Hande weiter. Schaut man auf die realen Ausgaben für die Titelgruppe 78 einschließlich der für 2021 dort neu angesiedelten Posten wie zum Beispiel die Telefonseelsorge, wachsen unter Rot-Rot-Grün die geplanten Ausgaben. 2019 wurden hierfür tatsächlich 1,6 Millionen Euro ausgegeben; für 2020 wird mit realen Ausgaben von 1,5 Millionen Euro gerechnet.

»Wenn die Landesregierung nun 1,7 Millionen Euro in den Haushaltsentwurf schreibt, wäre das also sogar eine Steigerung«, so Hande. »Ich frage mich, wie die CDU eigentlich jahrelang in Thüringen regieren konnte.«



# Rede zur aktuellen Stunde auf Antrag der AfD - "Setzt die Thüringer Landesregierung falsche Anreize mit ihren Aufnahmeforderungen nach dem Brand im Auffanglager für Flüchtlinge in Moria?"

Sehr geehrte Frau Präsidentin, Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen,



Patrick Beier (MdB)

die AfD-Fraktion wirft in dieser aktuellen Stunde eine Frage auf, die – wie so oft – am Wesentlichen vorbeigeht.

In Ihrer Begründung schreiben Sie, man würde „für den Akt der Brandstiftung mit Ausreise in Wunschzielländer wie Deutschland“ belohnt und die „darin zum Ausdruck kommende Anreizpolitik Thüringens“ sei kritisch zu hinterfragen.

Ist das eigentlich Ihr Ernst? Was soll mir das sagen?

Man muss nur zufällig in einem Kriegsgebiet leben, Haus und Familie zurücklassen, sich auf eine tausende Kilometer lange Reise machen, eine Überfahrt über das Mittelmeer überleben, Monate in einem Elendslager auf einer Insel überstehen, vor einem Brand fliehen, in Obdachlosigkeit leben und schon wird man belohnt?

Ein anderer Punkt, Ihr Kampfbegriff der „Anreizpolitik“ entpuppt sich schnell als das, was Kampfbegriffe für gewöhnlich immer sind: Inhaltsleer!

So etwas wie ein migrationsverstärkender „Pull-Faktor“ existiert laut empirischer Forschung schlichtweg nicht. Die Wirklichkeit schaut nämlich anders aus als in Ihrer Filterblase, wie Dr. Frank Düvell vom Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung bereits im vergangenen Jahr feststellte: „Der Hauptgrund für Migration ist die Lage in den Heimatländern.“

Zusammengefasst möchte ich Ihnen damit sagen: schämen Sie sich!

\*\*\*

Sehr geehrte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ich will Ihnen sagen, was wir, Rot-Rot-Grün gemeinsam mit der Landesregierung hier machen: Wir übernehmen Verantwortung!

Wir wollen und werden Menschen aus unerträglichen Situationen retten, wir wollen ihnen eine Perspektive für ein Leben in Würde geben.

Und ja, nicht erst seit den neuesten bekanntgewordenen Aussagen eines Mitarbeiters Ihrer Bundestagsfraktion sollte sogar den letzten klar sein, dass Sie keinerlei Interesse an einem würdigen Leben für alle Menschen dieser Welt haben.

Aber wissen Sie was?

Sie sind und werden nie der Maßstab für menschenwürdige Politik sein.

\*\*\*

Lassen Sie mich festhalten, dass wir es heutzutage mit einer Gesellschaftsordnung zu tun haben, in der es ein Bekenntnis zu Chancengleichheit nur für Menschen innerhalb der Staaten gibt und das auch nur in einem gewissen Maße, aber es keinen staatenübergreifenden Anspruch auf Chancengleichheit, ja noch nicht einmal entsprechende Bestrebungen gibt, die auf EU- oder gar globalpolitischer Ebene nennenswert wären. Unsere Chancen – man muss es leider so hart sagen – sind jenen Menschen, die aus anderen Staaten kommen und die obendrein vor Krieg, Verfolgung und Menschenrechtverletzungen fliehen, einfach verschlossen.

Fortsetzung S.11



Fortsetzung von S.10

In diesem Sinne müssen wir uns klarmachen, dass die moderne Welt den Feudalismus scheinbar noch nicht überwunden hat. Denn noch immer bestimmen die sozialen Umstände der Geburt weitgehend die Chancen jedes Einzelnen.

Beschränkungen der Freizügigkeit dienen dabei auch dem Aufrechterhalten dieser Struktur. Sie helfen dabei Chancen von Menschen mit Talenten und Motivation, aber den in Anführungszeichen „falschen sozialen Geburts Umständen“ zu begrenzen.

Wir als LINKE wollen das verändern! Chancengleichheit egal welchen Maßstabs, ist nicht zu rechtfertigen. Einwanderungsbeschränkung, die

Chancengleichheit notwendigerweise nach sich zieht, ist es folglich auch nicht.

Frau Präsidentin, Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte an dieser Stelle all jenen danken, die gegen dieses europäische Grenzregime auf die Straße gehen. Denen danken, die nochmal betonen, wie wichtig eine Landesaufnahmeanordnung ist, um den eigenen Ansprüchen als Mensch – und den Ansprüchen an die Europäische Union gerecht zu werden.

Wir werden weiter dafür kämpfen, dass wir gemeinsam mit so vielen retten dürfen. Wir werden dafür sorgen, dass ankommende Menschen in Thüringen ein Zuhause finden und in Würde und Frieden leben können.

Und wenn das bedeutet, dass wir auf unsere Landesaufnahmeanordnung letztlich klagen müssen – das wäre es mir wert!

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

## LINKE zeigt sich solidarisch mit den streikenden Beschäftigten – jetzt seid ihr dran!

**Nachdem sich die öffentlichen Arbeitgeber von Bund und Kommunen nach wie vor gegen die Aufnahme von Tarifverhandlungen ausgesprochen haben, erhöhen die Beschäftigten den Druck und rufen im Tarifkonflikt zum Streik auf.**

**In vielen Städten wird dies spürbar sein, ob im Krankenhaus oder im Nahverkehr. Die Forderungen nach mehr Lohngerechtigkeit für sogenannte „Systemrelevante Berufe“ waren scheinbar nur heiße Luft. Am Ende müssen es die Beschäftigten wieder selbst in die Hand nehmen – und ja – ein Streik muss weh tun, sonst bringt er keinen Erfolg.**

**Die Beschäftigten der kreiseigenen Betriebe im Landkreis Schmalkalden-Meiningen werden bei diesen Tarifverhandlungen wie gewohnt leer ausgehen, da die kommunalen Eigenbetriebe nicht im kommunalen Arbeitgeberverband sind.**

„Die Entlohnung liegt, je nach Haustarifvertrag des Betriebes, durchschnittlich zwischen 10 bis 20 Prozent unter dem Lohnniveau des derzeit gültigen Lohnniveaus des Öffentlichen Dienstes“, so Constanze Kühn, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Kreistag Schmalkalden-Meiningen.

„Wirklich ärgerlich ist, dass Betriebe wie die Seniorenpark GmbH, die MVZ-Gesundheitszentrum

GmbH, die Servicegesellschaft mbH oder das Bestattungsinstitut gar keine Tarifverträge haben. Hier liegt das Lohnniveau, je nach Beschäftigungsgruppe, mutmaßlich zwischen 30 Prozent und mehr unter Tarif.“

Patrick Beier, Fraktionsvorsitzender der Kreistagsfraktion und Mitglied des Thüringer Landtages ergänzt: „Seit Jahren machen wir auf diese Problematik aufmerksam. Die öffentliche Hand als Arbeitgeber ist in unserem Landkreis eine Mogelpackung. Beschäftigte klagen über die Arbeitsbedingungen und die vergleichsweise schlechte Entlohnung. Da hilft kein Klatschen oder Mitleid, da hilft nur ein Tarifvertrag!“

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in allen kreiseigenen Betrieben leisten nicht nur in der Corona-Pandemie eine hervorragende Arbeit. Sie sind es, die tagtäglich auf vielfache Weise mit ihrem Einsatz versuchen, die Lebensqualität in unserer Region aufrecht zu erhalten.

„Zum Dank werden in einigen Betrieben die Menschen in die Altersarmut getrieben. Wir als LINKE stehen solidarisch an der Seite der streikenden Beschäftigten und fordern die Rückkehr der Kreiswerke und ihrer Betriebe in die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände, damit sich die gute Arbeit am Ende auch für diejenigen lohnt, die sie ausführen!“ so Beier abschließend.

**Im VI.Quartal gartulieren wir:**

4.10. zum 84. Marga Albrecht, Brotterode-Trusetal  
 12.10. zum 65. Michael Herrmann, Kaltennordheim  
 23.10. zum 55. Anke Weigand, Kaltennordheim  
 4.11. zum 70. Rosmarie Bachmann, Schmalkalden  
 17.11. zum 71. Siegfried Hartmann, Frankenheim (Rhön)

21.11. zum 72. Klaus Bischoff, Schmalkalden  
 28.11. zum 86. Gisela Reichel, Zella-Mehlis  
 10.12. zum 79. Renate Kieper, Meiningen  
 12.12. zum 89. Margot Rzeznik, Schmalkalden  
 21.12. zum 80. Matthäus Hildebrand, Meiningen  
 25.12. zum 72. Manfred Dietz, Schmalkalden  
 27.12. zum 85. Gisela Rothämel, Meiningen  
 31.12. zum 86. Kurt Hilpert, Kaltennordheim  
 31.12. zum 65. Ilona Scheffler, Schmalkalden

**Impressum:**

DIE LINKE. Schmalkalden-Meiningen

Kreisvorstand, in Verantwortung von Patrick Beier (V.i.S.d.P.)  
 Tel. (03693) 8853531  
 rgeschaefsstelle@die-linke-schmalkalden-meiningen.de

www.die-linke-schmalkalden-meiningen.de

# NACHRUFE

Hans Heinzmann 1925 - 2020

Am 15. August haben Angehörige, Freunde und einige Mitglieder unserer Partei von Hans Heinzmann Abschied genommen.

Hans Heinzmann war mit 95 Jahren einer unserer ältesten Genossen. Bereits 1946, im Gründungsjahr der SED, war er der Partei beigetreten. Nach seinem Kriegsdienst in der Marine und anschließender Gefangenschaft in seine Heimatstadt Eilenburg zurückgekehrt, erlernte er einen Metallberuf, den er mit dem Abschluss eines Ingenieurstudiums in Leipzig krönte. Seine berufliche Tätigkeit führte ihn nach Schmalkalden und Steinbach-Hallenberg, dort war er bis zur Bildung des Werkzeugkombinates Direktor der Werkzeug-Union und danach, bis zu seinem Rentenbeginn, Mitglied der Betriebsleitung des WKS.

Genosse Heinzmann gehörte seit 1989/90 unserer neugegründeten Basisorganisation, der BO 3, an. Als stellvertretender BO-Vorsitzender bereicherte er unsere Zusammenkünfte mit seinen fundierten Beiträgen. Regelmäßig lud er die ältesten Genossinnen und Genossen in seine Wohnung ein, um in lockerer Atmosphäre (bei Kaffee und Kuchen) über das aktuelle politische Geschehen zu informieren und zu diskutieren. Solange es seine Kräfte zuließen, wirkte er aktiv in der AG Senioren mit. Oft, gerne und großzügig spendete unser Genosse Heinzmann für verschiedene soziale Projekte und für unsere Partei. Durch sein ruhiges, besonnenes, überlegtes Handeln war und bleibt uns Hans Heinzmann ein Vorbild.

Mitglieder der ehemaligen BO 3 Schmalkalden

---

 Ralf Gundlach 1941 – 2020

Wir Genossinnen und Genossen der Basisorganisation DIE LINKE in Zella – Mehliß trauern um unseren Genossen Ralf Gundlach, der nach langer mit großer Geduld ertragener Krankheit am 29. Juni 2020 verstarb.

Menschen kommen und gehen. Doch einige von ihnen hinterlassen tiefe Spuren, so wie Ralf Gundlach.

Wir werden ihn so in Erinnerung behalten, wie wir ihn kennenlernen durften.

Immer freundlich, immer hilfsbereit, immer einsatzbereit für die Interessen der Menschen als Abgeordneter der Linken im Stadtrat.

Ein wirklich guter Mensch ist von uns gegangen. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Unser Mitgefühl gilt seiner Frau Heike, die ihn jahrelang pflegte, sowie seinen Kindern und Enkeln.

Im Namen der Genossinnen und Genossen

Elke Pudszuhn



## Wir trauern um:

Hans Heinzmann, Schmalkalden

Für namentlich gekennzeichnete Beiträge oder Pressemitteilungen (pm) trägt der Verfasser die alleinige Verantwortung. Nachdruck nur mit Genehmigungen der Redaktion.